

Thema der Woche

Brexit-Gipfel schnürt Austrittsabkommen nicht auf – Vorbereitungen auf alle Szenarien laufen weiter

In Kürze

EU will künstliche Intelligenz mehr fördern – Hohes Potenzial für europäische und heimische Unternehmen

Trilogmandat für Europäische Arbeitsbehörde und Koordinierung der Sozialsysteme im Plenum bestätigt

Plenum nimmt Gesetzestext zur Karzinogene-Richtlinie an

Neues aus der Kommission

Mehrwertsteuervorschläge: Keine neuen Hürden, aber Rechtssicherheit schaffen

Zahlreiche Konsultationen im Finanzbereich gestartet

Neues aus dem Rat

EU-Justizminister verabschieden Positionen zu neuen EU-Gewährleistungsregeln für Waren und der Verordnung über elektronische Beweismittel

Neues aus dem Europäischen Parlament

Plenum stimmt Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit Japan zu – WKÖ-Vizepräsident Roth: „Wichtiges Signal für Ausbau der Handelsbeziehungen“

Neues aus dem Europäischen Parlament

Parlament stimmt Positionen zu wichtigen standortrelevanten Förderprogrammen für die Zeit nach 2020 ab – Wirtschaft begrüßt Forderung nach mehr Mitteln für Innovation und Forschung

Grünes Licht für EU-Haushalt 2019 – Weg frei für Fördermittel für wichtige und standortrelevante Projekte heimischer Unternehmen

Positionen zu Sammelklagen und Gesellschaftsrecht im Rechtsausschuss angenommen

Neues aus dem Gerichtshof der EU

EZB-Programm zum Ankauf von Staatsanleihen an den Sekundärmärkten ist im Einklang mit EU-Recht

Neues aus anderen Bereichen

Viel Bewegung im Handel – WKÖ unterstützt proaktive Handelsagenda der EU

EU-Botschafter und Parlament legen Position zu EU-Risikobewertung im Bereich der Lebensmittelkette fest

Statistik der Woche

Industrieproduktion steigt wieder

Jobs+Jobs+Jobs

ESMA sucht ICT Operations and Support Team Leader

EMSA sucht Project Officer for Marine Equipment

EASA sucht Technical Cooperation Operations Manager

Europäisches Unterstützungsbüro für Asylfragen sucht Leiter des Bereichs IKT-Systeme

EU-Agenda

EU-Kommission: 2277. Sitzung am 19. Dezember 2018

EU-Rat: Ausgewählte Tagungen der kommenden Woche

EuGH: Ausgewählte Fälle der kommenden Woche

EU-Kommission: Ausgewählte laufende Konsultationen

Impressum

EU-Büro der Wirtschaftskammer Österreich
Av. de Cortenberg 30
B-1040 Brüssel
Telefon: +32 2 286 58 80
Internet: wko.at/eu

Redaktion:
Franziska Annerl
E-Mail: Franziska.Annerl@eu.austria.be



Folgen Sie uns auf facebook

Wenn Sie das EU-Panorama regelmäßig zugeschickt bekommen wollen oder sich vom Verteiler streichen lassen möchten, mailen Sie bitte an:
eu@eu.austria.be

Brexit-Gipfel schnürt Austrittsabkommen nicht auf – Vorbereitungen auf alle Szenarien laufen weiter

Im Zentrum des Gipfeltreffens der EU-Staats- und Regierungschefs in Brüssel stand auch diese Woche wieder der Brexit. Nach dem gewonnenen Misstrauensvotum in London versuchte die britische Premierministerin Theresa May auch in Brüssel zu retten, was noch zu retten ist. Bis Redaktionsschluss hatte sie bei ihren Noch-EU-Partnern damit jedoch wenig Erfolg: Das ausverhandelte Brexit-Austrittsabkommen soll demnach nicht mehr aufgeschnürt werden. Das heißt, die Vorbereitungen für alle möglichen Austritts-Szenarien laufen weiter – von Deal bis No Deal.

Christoph Leitl, Präsident der Europäischen Wirtschaftskammern EUROCHAMBRES, bekräftigte die Forderung des Kammernetzwerks nach einem pragmatischen, handelsorientierten Ansatz: „Die EU ist ihrer Verantwortung nachgekommen, indem sie das Austrittsabkommen und die politische Erklärung unterzeichnet hat. Das britische Parlament muss das Gleiche tun. Es ist wichtig, dass alle Diskussionen über Norwegen, Kanada oder andere langfristige Verhandlungen in den kommenden Wochen pausieren. Die Einnahmen der Unternehmen und die Arbeitsplätze der Menschen in Großbritannien und in der gesamten EU stehen kurzfristig auf dem Spiel. Daher fordern wir die britische Regierung und die britischen Abgeordneten auf, nicht mit dem Feuer zu spielen und sicherzustellen, dass wir am 29. März 2019 kein chaotisches No-Deal-Szenario haben.“

Neben dem Brexit standen auf der Tagesordnung des Europäischen Rates für die Zukunft Europas und seiner Unternehmen entscheidende Themen, wie der künftige mehrjährige EU-Haushalt, die Zukunft des Binnenmarktes und Migration. Der Vorschlag der EU-Kommission für den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen wird von der Wirtschaftskammer Österreich in weiten Teilen unterstützt, denn er orientiert sich an den zentralen Herausforderungen der EU und konzentriert sich auf Aufgaben mit klarem europäischem Mehrwert, wie Förderung des Wachstums und der Forschung, positive Entwicklung bei den Investitionen sowie Sicherheit. Besonders wichtig für unsere Unternehmen und daher positiv sind z.B. die Aufstockung der Mittel für Forschung und Entwicklung, die Beibehaltung des wichtigen KMU-Instruments COSME im Rahmen des Binnenmarktprogrammes und der Vorschlag zur Schaffung eines Fonds zur Förderung der Digitalisierung. Um nachhaltiges Wachstum zu schaffen und den Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft – Stichwort Digitalisierung – erfolgreich zu begegnen, sind gezielte Investitionen und ein voll funktionsfähiger Binnenmarkt unerlässliche Voraussetzungen.

„Die Verschiebung der Brexit-Abstimmung im britischen Parlament verstärkt die Unsicherheit für Europas KMU. Unsere KMU brauchen dringend Klarheit über die zukünftigen Handelsbeziehungen mit dem Vereinigten Königreich“, betonte Ulrike Rabmer-Koller, Präsidentin des Europäischen KMU-Verbandes SMEUnited und Vizepräsidentin der WKÖ, diese Woche in Brüssel. Im Vorfeld des Europäischen Rates beschloss die Generalversammlung von SMEUnited eine Erklärung an die Staats- und Regierungschefs, sich verstärkt für die Anliegen der KMU zu engagieren. „Da die dunkle Wolke des Brexit über Europa hängt, ist es umso wichtiger, drängende Zukunftsthemen für KMU anzugehen und zukunftsorientiert zu lösen.“

Ansprechpartnerin: Franziska Annerl

Inhaltsverzeichnis

EU will künstliche Intelligenz mehr fördern – Hohes Potenzial für europäische und heimische Unternehmen

Die Europäische **Kommission** und die EU-Staaten wollen die Entwicklung der künstlichen Intelligenz (KI) "Made in Europe" vorantreiben. In vier Schlüsselbereichen soll auf europäischer Ebene künftig verstärkt zusammengearbeitet werden: **Steigerung der Investitionen, Verfügbarkeit von mehr Daten, Förderung von Talenten und Vertrauensbildung**. Die Investitionen in die KI sind in der EU im Vergleich zu anderen Teilen der Welt wie den USA und China niedrig und fragmentiert. Im Einklang mit der im April vorgelegten KI-Strategie sieht der neue **Plan** vor, dass Investitionen stärker koordiniert werden, damit größere Synergien entstehen. Für den nächsten langfristigen EU-Haushalt (2021-2027) hat die EU Investitionen von mindestens sieben Milliarden Euro jährlich aus dem **Programm „Horizont Europa“** und dem Programm „Digitales Europa“ vorgeschlagen. **Der Bereich der künstlichen Intelligenz bietet europäischen und heimischen Unternehmen zahlreiche Chancen und hat großes Potenzial**. Der neue Plan und das Digital Europe Programm der EU-Kommission setzen damit die richtigen Schwerpunkte.

Trilogmandat für Europäische Arbeitsbehörde und Koordinierung der Sozialsysteme im Plenum bestätigt

Das Europäische Parlament hat sich am Dienstag im Plenum für den Beginn von interinstitutionellen Verhandlungen zur **Errichtung einer Europäischen Arbeitsbehörde (ELA)** sowie der **Änderung der Verordnung 883/2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit** ausgesprochen. Im Hinblick auf ELA steht die Wirtschaftskammer Österreich der geplanten Einrichtung einer europäischen Struktur, deren Hauptzweck in einer Verbesserung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen den Behörden der Mitgliedstaaten besteht, grundsätzlich positiv gegenüber. Gemeinsame Inspektionen sowie die Mediation sehen wir jedoch kritisch. Bei der Koordinierung der Sozialsysteme begrüßt die WKÖ grundsätzlich das Vorhaben, die vorhandenen Vorschriften im Bereich Arbeitnehmerfreizügigkeit und soziale Sicherheit zu modernisieren. Mehrbelastungen für die österreichische Arbeitslosenversicherung sollten jedoch vermieden werden.

Plenum nimmt Gesetzestext zur Karzinogene-Richtlinie an

Am Dienstag nahm das Plenum des Europäischen Parlaments den endgültigen **Gesetzestext** zum Kommissionsvorschlag über die **Richtlinie über den Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch Karzinogene oder Mutagene bei der Arbeit** (zweite Gruppe) an. Diese Richtlinie ändert die bestehende **Richtlinie 2004/37/EG** durch die Einführung von Expositionsgrenzwerten für acht zusätzliche Karzinogene oder Mutagene. Der Umsetzungszeitraum beträgt zwei Jahre. Für Dieselemissionen wird ein Grenzwert von 0,05 mg/m³, gemessen als elementarer Kohlenstoff, festgelegt. Dieser Grenzwert tritt zwei Jahre nach Ablauf der Umsetzungsfrist und fünf Jahre nach Ablauf der Umsetzungsfrist für Untertagebau und Tunnelbau in Kraft.

Inhaltsverzeichnis

Neues aus der Kommission

Mehrwertsteuervorschläge: Keine neuen Hürden, aber Rechtssicherheit schaffen

Die Kommission hat am 11. Dezember zwei **Legislativvorschläge veröffentlicht**, um einen **problemlosen Übergang zu den neuen Mehrwertsteuervorschriften im eCommerce-Bereich** zu unterstützen. Im Dezember 2017 hatte der Rat einem **umfassenden Maßnahmenpaket**, mit dem die mehrwertsteuerlichen Rahmenbedingungen für den elektronischen Geschäftsverkehr in der EU verbessert werden sollen, endgültig zugestimmt. Die Mehrwertsteuerregeln sollen ab 2021 in Kraft treten. Durch die nun vorgeschlagene **Richtlinie** und **Durchführungsverordnung** sollen Unternehmen, die online Waren an ihre Kunden verkaufen, über ein elektronisches Mehrwertsteuer-Portal („**einzige Anlaufstelle**“) ihren Mehrwertsteuerpflichten in ihrer eigenen Sprache nachkommen können. Zudem sollen **Betreiber großer Online-Plattformen ab 2021 dafür Sorge tragen** müssen, **dass die Mehrwertsteuer auf Waren, die von Unternehmern aus Drittstaaten an Konsumenten in der EU über diese Marktplätze verkauft werden, gezahlt wird.**

Einen Tag später, am 12. Dezember, hat die Kommission ein **weiteres Paket** für eine **verbesserte Zusammenarbeit zwischen Steuerbehörden und Zahlungsdienstleister** vorgelegt. Unter anderem ist die Einführung eines **neuen zentralen elektronischen Systems von Zahlungsinformationen**, das von der Kommission entwickelt werden soll, vorgesehen. Die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten müssen die Informationen, die sie von den in ihrem Mitgliedstaat ansässigen Zahlungsdienstleistern **vierteljährlich erheben**, an dieses elektronische System übermitteln. Um den Verwaltungsaufwand für die Zahlungsdienstleister zu beschränken, soll ein gemeinsames elektronisches Format für die Erfassung der Aufzeichnungen geschaffen werden.

Die neuen Vorschläge werden derzeit intensiv geprüft. Insgesamt muss jedenfalls darauf geachtet werden, dass Unternehmen Rechtssicherheit gegeben wird und sie keinen zusätzlichen bürokratischen Hürden ausgesetzt sind.

Ansprechpartnerin: **Sophie Windisch**

Inhaltsverzeichnis

Zahlreiche Konsultationen im Finanzbereich gestartet

Die Kommission hat diese Woche gleich **mehrere Umfragen im Finanzbereich gestartet**: Unter anderem wurde eine **Konsultation zur Bewertung der Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der direkten Steuern** lanciert. Bei dieser sollen Interessierte zu ihren Erfahrungen mit den geltenden Vorschriften sowie zu den Auswirkungen dieser Zusammenarbeit befragt werden. Die Frist für Rückmeldungen ist der 4. März 2019.

Des Weiteren hat die Kommission einen **Fahrplan zur Evaluierung der Richtlinie über den Fernabsatz von Finanzdienstleistungen an Verbraucher** veröffentlicht. Diese soll noch in diesem Jahr beginnen und Ende 2019 abgeschlossen werden. Im Zuge der Evaluierung sollen die bislang erzielten Fortschritte, die Kosten und Nutzen der Regeln sowie der EU-Mehrwert untersucht werden. Auch wird gefragt, ob die ursprünglich verfolgten Ziele und Maßnahmen überhaupt noch dem gegenwärtigen Bedarf entsprechen. Erste Rückmeldungen sind bis zum 4. Jänner 2019 möglich.

Um die Arbeiten an dem im März 2018 veröffentlichten Aktionsplan sowie zu den im Mai 2018 vorgelegten Legislativvorschlägen zur nachhaltigen Finanzierung zu unterstützen, setzte die Kommission eine technische **Expertengruppe für nachhaltiges Finanzwesen** ein. Diese sammelt derzeit **Rückmeldungen zu den ersten vorgeschlagenen Aktivitäten**, u.a. zur verwendeten Taxonomie (Klassifizierung). Die Konsultationen laufen bis zum 22. Februar 2019. Da die Expertengruppe in einigen Bereichen festgestellt hat, dass zusätzliche technische Expertise vonnöten ist, will die Kommission auch **mehrere Workshops zum Wissens- und Informationsaustausch durchführen**. Technische Experten können ihr Interesse an einer Teilnahme zu diesen bis zum 4. Jänner 2019 bekunden.

Ansprechpartnerin: Sophie Windisch

Inhaltsverzeichnis

Neues aus dem Rat

EU-Justizminister verabschieden Positionen zu neuen EU-Gewährleistungsregeln für Waren und der Verordnung über elektronische Beweismittel

Der **Rat** der EU-Justizminister tagte am 7. Dezember in Brüssel und **verabschiedete** u.a. eine **allgemeine Ausrichtung zur Richtlinie über den Warenhandel**. Damit soll das Gewährleistungsrecht auf EU-Ebene neu geregelt werden. Die bestehende Richtlinie aus 1999 würde damit ersetzt werden. Die nun erzielte Allgemeine Ausrichtung bildet die **Grundlage für Trilogverhandlungen mit dem Europäischen Parlament**, die auch eine parallel im Rechtssetzungsverfahren befindliche Richtlinie zu digitalen Inhalten umfassen sollen.

Erst nach Abschluss dieser Verhandlungen wird man genau wissen, wie die neuen Regelungen endgültig aussehen werden. Wird eine Einigung zwischen den Institutionen im 1. Quartal 2019 erzielt, dann **würden die neuen Gewährleistungsbestimmungen aller Voraussicht nach gegen Ende 2021 zur Anwendung kommen**.

Bis zuletzt heftig diskutiert war die Frist für die Umkehr der Beweislast, für die seitens der Kommission vollharmonisiert zwei Jahre vorgesehen waren. Der „**europäische Kompromiss**“ der **Justizminister bei der Beweislastumkehr** für die Waren selbst sieht nun so aus, dass die **Mitgliedstaaten die Frist auch mit einem Jahr festlegen können**. Dass die neuen Regelungen das Ziel einer Ankurbelung insbesondere des grenzüberschreitenden E-Commerce erreichen, wird nach Einschätzung der Wirtschaft mehr als bezweifelt, auch von der **geplanten Vollharmonisierung der Regeln ist nun fast nichts erhalten geblieben**.

Der Rat hat außerdem eine **allgemeine Ausrichtung zum Verordnungsvorschlag betreffend Herausgabeanordnungen und Sicherungsanordnungen für elektronische Beweismittel („e-Evidence“)** **angenommen**. Behörden eines Mitgliedstaates sollen damit künftig direkt gegenüber Diensteanbietern Herausgabeanordnungen oder Sicherungsanordnungen betreffend bestimmter Datenarten für Beweis Zwecke in strafrechtlichen Ermittlungs- oder Gerichtsverfahren stellen können (elektronische Beweismittel).

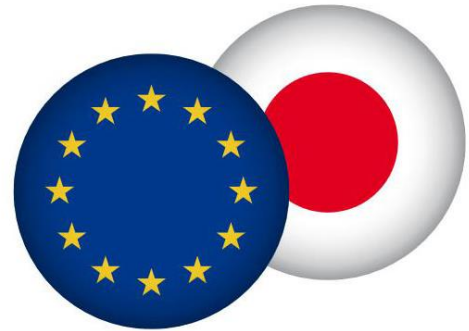
Die Berichterstatterin des Europäischen Parlaments MEP Sippel hat zeitgleich ein **Arbeitsdokument** veröffentlicht und bereits angekündigt, dass der **zuständige LIBE-Ausschuss den Vorschlag noch sehr genau analysieren wird**. Ein **Hearing** zum Thema fand Ende November im Ausschuss statt. Dass das Parlament noch vor Ende der Legislaturperiode Position zum Vorschlag bezieht, ist aktuell also eher unwahrscheinlich.

Ansprechpartnerin: Verena Martelanz

Neues aus dem Europäischen Parlament

Plenum stimmt Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit Japan zu – WKÖ-Vizepräsident Roth: „Wichtiges Signal für Ausbau der Handelsbeziehungen“

Am 12. Dezember hat das Plenum des Europäischen Parlaments mit klarer Mehrheit für das Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen der EU und Japan gestimmt. „Das ist ein wichtiges Signal gegen Abschottungspolitik und für offenen und fairen Handel“ betonte WKÖ-Vizepräsident Jürgen Roth. „Die österreichischen Unternehmen und ihre Beschäftigten werden von einem verbesserten Zugang zum japanischen Markt profitieren – und das ist gut für Wachstum, Jobs und Wohlstand.“



Die Verhandlungen der EU mit Japan über ein Handelsabkommen hatten am 25. März 2013 offiziell begonnen. Japan ist nach China der **zweitgrößte Handelspartner** der EU – und auch Österreichs – **in Asien**. Die EU und Japan machen zusammen mehr als ein Drittel der Wirtschaftsleistung der Welt aus. Die Kommission geht davon aus, dass durch das Handelsabkommen mit Japan die Ausfuhren der EU um 32,7 Prozent und die Ausfuhren Japans um 23,5 Prozent steigen. Des Weiteren könnten bis zu 420.000 zusätzliche Arbeitsplätze in der EU geschaffen werden. Die österreichischen Exporte legten 2017 um 3,7 Prozent auf 1,4 Milliarden Euro zu. In den ersten neun Monaten des Jahres gab es bei den Ausfuhren mit 1,1 Milliarden Euro sogar ein Plus von 11,9 Prozent gegenüber der Vorjahresperiode. Die österreichischen Gesamtimporte aus Japan stiegen 2017 um 8,9 Prozent auf 2,1 Milliarden Euro, in den ersten neun Monaten dieses Jahres um 4,7 Prozent auf 1,7 Milliarden Euro.

Für über 90 Prozent aller europäischen Lieferungen **fallen die Zollsätze** gänzlich weg oder werden zumindest stark reduziert. Ein weiterer großer Vorteil ist der **bessere Zugang zu öffentlichen Ausschreibungen** in Japan. Außerdem **entfallen** durch mehr gegenseitige rechtliche Anerkennungen viele bisher bestehende **nicht-tarifäre Handelshindernisse**. Österreichische Firmen können mit **zusätzlichen Geschäftsmöglichkeiten**, vor allem im High-Tech-Bereich, bei Maschinen und Anlagen, Bio- und Holztechnologie sowie bei Nahrungs- und Genussmitteln rechnen. Vorteile dürfen sich **vor allem auch KMU** versprechen: die Umsetzung des im Abkommen vorgesehenen KMU-Förderungsprogrammes soll es kleinen und mittleren Unternehmen, die mit ihren Vorleistungen als Zulieferer für die Exportwirtschaft tätig sind oder auch direkt exportieren, erleichtern, Zugang zum japanischen Markt zu erlangen. Das Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen der EU und Japan ist auch das erste Handelsabkommen der EU, das ein **ausdrückliches Bekenntnis zum Pariser Klimaschutzübereinkommen** beinhaltet und somit richtungsweisend für alle zukünftigen EU-Handelsabkommen ist.

„Durch Handelsabkommen wie dieses kann die EU die **Regeln für den internationalen Handel im Sinne europäischer Werte und Standards aktiv mitgestalten** und ihre Führungsrolle bei der Gestaltung globaler Regeln ausbauen“, betont WKÖ-Vizepräsident Roth. Wichtig aus Sicht der Wirtschaft sei nun, dass die noch erforderlichen Verfahren rasch abgeschlossen werden, damit das **Abkommen spätestens im Februar 2019 angewendet** werden kann.

Ansprechpartnerin: Sophie Windisch

Inhaltsverzeichnis

Parlament stimmt Positionen zu wichtigen standortrelevanten Förderprogrammen für die Zeit nach 2020 ab – Wirtschaft begrüßt Forderung nach mehr Mitteln für Innovation und Forschung

Die Annahme von Verhandlungspositionen zu wichtigen Förderprogrammen für die Zeit nach 2020 stand auf der **Agenda** der dieswöchigen Plenarsitzung des **Parlaments**. Unter anderem stimmten die **Abgeordneten die Position für die nun anstehenden interinstitutionellen Verhandlungen mit dem Rat** zum Kommissionsvorschlag für die Einrichtung der **„Connecting Europe“ Fazilität (CEF)** zwischen 2021 und 2027 ab. Dieses soll den weiteren Ausbau der transeuropäischen Netze für Verkehr, Energie und Telekommunikation sicherstellen. Das Parlament spricht sich insbesondere für ein **„Connecting Europe“-Gesamtbudget von 43,85 Milliarden Euro** aus, von denen 33,51 Milliarden Euro in Verkehrsprojekte, 7,68 Milliarden Euro in Projekte im Bereich Energienetz und 2,66 Milliarden Euro in Projekte zur Entwicklung der digitalen Netze fließen sollen.

Darüber hinaus gelangte auch die Parlamentsposition für das **zukünftige Forschungsrahmenprogramm „Horizont Europa“** zur Abstimmung, wobei sich die Abgeordneten für eine **Erhöhung der Mittel gegenüber dem ursprünglichen Kommissionsvorschlag von 36,5 Milliarden Euro** aussprachen. Die **Wirtschaftskammer Österreich begrüßt die Bereitstellung von Fördermitteln für transeuropäische Netze sowie die geforderte Aufstockung der Mittel für die Förderung von Innovation und Forschung**. Die „Connecting Europe“ Fazilität trägt zur Vervollständigung des Binnenmarktes bei. Auch zahlreiche heimische Unternehmen haben bereits von „Connecting Europe“ profitiert und sollen auch in Zukunft von diesen Fördermitteln profitieren können (siehe Beispielliste [hier](#)).

Ansprechpartner: **Martin Schmid**

Inhaltsverzeichnis

Grünes Licht für EU-Haushalt 2019 – Weg frei für Fördermittel für wichtige und standortrelevante Projekte heimischer Unternehmen

Im Rahmen der dieswöchigen Plenarsitzung hat das **Europäische Parlament am Mittwoch den EU-Haushalt für 2019** abgesegnet. Die Einigung sieht für das Jahr 2019 in Summe 165,8 Milliarden Euro Verbindlichkeiten sowie 148,2 Milliarden Euro Zahlungen vor. Jetzt ist der **Weg frei für eine zeitgerechte Auszahlung von EU-Fördermitteln für wichtige und standortrelevante Projekte** von unseren Unternehmen oder Forschungsorganisationen.

Aus **Sicht der Wirtschaft** sind insbesondere die **Mittelerhöhungen für Innovation und Forschung** (Steigerung von 150 Millionen Euro gegenüber dem ursprünglichen Kommissionsvorschlag), **Bildung und Jugend** (+ 240 Millionen Euro) **sowie KMU** (+ fünf Millionen Euro) **erfreulich**, für welche sich die EU-Abgeordneten in den Verhandlungen eingesetzt hatten. „Die Wirtschaft begrüßt die rechtzeitige Einigung, da sie den Empfängern von EU-Fördermitteln **Planungssicherheit für das Jahr 2019** bringt. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Verhandlungen zwischen Rat und Parlament zum nächsten EU-Budget sehr langwierig waren, ist der konsequente Einsatz von EU-Abgeordnetem Paul Rübiger in seiner Rolle als Ko-Berichterstatler „Budget“ für das rechtzeitige Erzielen eines Kompromisses besonders zu würdigen“, **betonte Christoph Leitl**, Präsident der Europäischen Wirtschaftskammern EUROCHAMBRES.

Ansprechpartner: **Martin Schmid**

Inhaltsverzeichnis

Positionen zu Sammelklagen und Gesellschaftsrecht im Rechtsausschuss angenommen

Der Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments hat am 6. Dezember seine **Position zum Richtlinienvorschlag zur Einführung einer Europäischen Verbandsklage (Sammelklage) angenommen**. Das Plenum des Europäischen Parlaments hat das **gleichzeitig erteilte Mandat, Trilogverhandlungen mit dem Rat aufzunehmen**, in dieser Woche bestätigt. Die Mitgliedstaaten haben zum Vorschlag aktuell jedoch noch keine Position bezogen.

Die Detailanalyse des endgültigen **Kompromisstextes** aus dem Rechtsausschuss muss noch erfolgen. Die erste Einschätzung zeigt jedoch, dass das **im Parlament erzielte Ergebnis nicht ausgewogen und enttäuschend ist**, so z.B. was die fehlende Verankerung des Opt-in Prinzips betrifft. Demnach **muss das Konzept des kollektiven Rechtsschutzes auf dem Grundsatz der vorherigen Zustimmung („Opt-in“) aufbauen**, bei dem die Geschädigten eindeutig identifiziert sind. Dies ist eine zentrale Forderung der WKÖ. Das Bekenntnis, keine US-amerikanischen Verhältnisse zu schaffen, muss auch tatsächlich erfüllt werden. In diesem Sinne haben sich auch die europäischen Verbände **EUROCHAMBRES** und **EuroCommerce** geäußert.

In derselben Sitzung des Rechtsausschusses wurde auch der Bericht von MEP Regner zum **Richtlinienvorschlag über grenzüberschreitende Umwandlungen, Verschmelzungen und Spaltungen im Gesellschaftsrecht** verabschiedet. Der Bericht ändert den Kommissionsvorschlag maßgeblich ab. Das Mandat für Trilogverhandlungen mit dem Rat muss noch vom Plenum bestätigt werden, der Rat hat jedoch bis dato keine Position bezogen. Anders beim **Richtlinienvorschlag über die Digitalisierung im Gesellschaftsrecht**, wo die Trilogverhandlungen zwischen Rat und Parlament nach **Annahme** der Ratsposition am 5. Dezember beginnen können.

Ansprechpartnerin: **Verena Martelanz**

Inhaltsverzeichnis

Neues aus dem Gerichtshof der EU

EZB-Programm zum Ankauf von Staatsanleihen an den Sekundärmärkten ist im Einklang mit EU-Recht

Die Europäische Zentralbank (EZB) und die Zentralbanken der Mitgliedstaaten, die den Euro zur Währung haben, sind **für die Währungspolitik der Europäischen Union verantwortlich** und zielen in diesem Zusammenhang vor allem auf die Sicherstellung der Preisstabilität ab. Durch unterschiedliche Risiken entschied sich die EZB dazu, ein **Programm zum Ankauf von Staatsanleihen an den Sekundärmärkten zu initiieren**, da sie der Meinung war, dass dieses durch Auflockerung der Bedingungen den Finanzierungszugang erleichtern und somit den Konsum sowie Investitionen und das wirtschaftliche Wachstum ankurbeln würde.

Eine Gruppe von Privatpersonen brachte beim deutschen Bundesverfassungsgericht **Verfassungsbeschwerden gegen verschiedene, im Zusammenhang mit dem Programm getätigte Beschlüsse der EZB** ein. Sie brachten vor, dass diese die Verteilung der Kompetenzen zwischen der EU und den Mitgliedstaaten missachteten, weil sie nicht vom EZB-Mandat gedeckt seien, und gegen das Verbot der monetären Finanzierung verstoßen.

Der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) hat am 11. Dezember in dieser Rechtssache (C-493/17) sein **Urteil** gesprochen. Zum einen stellte er fest, dass das **Programm in den Bereich der Währungspolitik fällt** und

die EU hier für die Mitgliedstaaten, die den Euro zur Währung haben, eine **ausschließliche Zuständigkeit** hat. Zudem wird auch der **Grundsatz der Verhältnismäßigkeit** geachtet. Das Programm sei daher vom Mandat der EZB gedeckt. Zum anderen bemerkte der EuGH, dass die Durchführung dieses Programms nicht die gleiche Wirkung wie der Anleihenankauf an den Primärmärkten habe und dementsprechend den Mitgliedstaaten nicht den Anreiz nehme, eine gesunde Haushaltspolitik zu verfolgen. Daher **verstoße das Programm auch nicht gegen das Verbot der monetären Finanzierung**, da es der EZB nicht erlaubt, einem Mitgliedstaat Krediterleichterungen zu gewähren.

Ansprechpartnerin: Sophie Windisch

Inhaltsverzeichnis

Neues aus anderen Bereichen

Viel Bewegung im Handel – WKÖ unterstützt proaktive Handelsagenda der EU

Die Kommission hat am 7. Dezember ihren **Bericht** zur **letzten Verhandlungsrunde zwischen der EU und den Mercosur-Staaten** (Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay) veröffentlicht. Diese wurde vom 12. bis zum 20. November in Brüssel abgehalten. Da weiterhin großer Diskussionsbedarf herrscht, finden derzeit bereits die nächsten Gespräche in Montevideo statt. Seit 1999 wird das **Assoziierungsabkommen** zwischen der EU und den Mercosur-Staaten mit Unterbrechungen verhandelt.

Zudem hat die Kommission am 7. Dezember auch eine **Produktfälschungs- und -piraterie-„Watch List“** herausgegeben. Diese enthält eine Aufzählung von Webseiten und Marktplätzen außerhalb der EU, die mit Produktfälschung und -piraterie in Zusammenhang stehen; sie ist jedoch nicht abschließend. Die Initiative soll unter anderem für eine effiziente Ahndung von Verstößen gegen geistige Eigentumsrechte von EU-Unternehmen sorgen. Die Kommission plant, ihre Liste alle zwei Jahre zu überarbeiten. Zudem soll diese auch eine weiterhin intensive Kooperation mit den Handelspartnern der EU in diesem Bereich unterstützen.

Der Ausschuss für internationalen Handel des Europäischen Parlaments (INTA) hat am 10. Dezember gleich **drei vorläufige Trilogeinigungen bestätigt**. Zum einen wurde das Verhandlungsergebnis zum von der Kommission im April präsentierten **Verordnungsvorschlag über die Anwendung von Schutzklauseln** und anderen Mechanismen für die vorübergehende Rücknahme von im Rahmen bestimmter Abkommen zwischen der Europäischen Union und bestimmten Drittländern vereinbarten Präferenzen bestätigt. Dieser war mit dem Ziel präsentiert worden, die derzeit meist bilateral bestehenden **Schutzklauseln in EU-Recht zu überführen** und somit das gesamte Prozedere zu straffen.

Ebenso wurde die Trilogeinigung zur **Aufteilung der Zollkontingente in der WTO-Liste der Union nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs** aus der Union bestätigt. Das Vereinigte Königreich muss ein eigenes Verfahren starten, um mit der WTO seine eigenen Verpflichtungen und Zugeständnisse ab dem Brexit festzulegen. Auch konnte der INTA dem **Trilogergebnis zur Schaffung eines Rahmens zur Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen in die Europäische Union zustimmen**. Durch die neuen Regeln soll ein europäischer Rahmen für den Austausch zwischen der Kommission und den Mitgliedstaaten geschaffen werden, der auf regelmäßigen Berichten der Mitgliedstaaten und Informationsaustausch basiert. Nun müssen das **Plenum des Europäischen Parlament** sowie der **Rat die endgültigen Texte noch final absegnen**.

Am 13. Dezember veröffentlichte die Kommission auch den **Bericht zur zweiten Verhandlungsrunde zwischen der EU und Australien**, die vom 19. bis zum 23. November in Canberra abgehalten worden war. Zudem

publizierte sie sechs Textvorschläge. Des Weiteren hat die Kommission sechs Textvorschläge zu den Verhandlungen mit Neuseeland vorgelegt. Hier hatte die zweite Runde Anfang Oktober stattgefunden. Die Zustimmung für die Aufnahme von Verhandlungen über Handelsabkommen mit Australien und Neuseeland war am 22. Mai erteilt worden, die ersten Gesprächsrunden fanden im Juli statt. Die Handelsabkommen mit beiden Ländern werden in erster Linie darauf abzielen, die bestehenden Handelshemmnisse weiter zu verringern, Zölle auf Waren zu beseitigen und den Zugang zu Dienstleistungen zu verbessern. Zudem soll besonderes Augenmerk auf den Schutz sensibler EU-Sektoren, wie die Landwirtschaft, sowie auf Sozial- und Umweltstandards gelegt werden.

Die WKÖ unterstützt die **proaktive Handelsagenda der EU**, die den Abbau von Handelshemmnissen und die Etablierung eines **modernen, regelbasierten und fairen Welthandels** zum Ziel hat. Wichtig ist, dass bestehende Kooperationen gefördert und neue Handelsbeziehungen geknüpft werden, damit unsere Unternehmen von diesen globalen Chancen profitieren.

Ansprechpartnerin: Sophie Windisch

Inhaltsverzeichnis

EU-Botschafter und Parlament legen Position zu EU-Risikobewertung im Bereich der Lebensmittelkette fest

Das Parlament hat am Dienstag über den Bericht des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) zur Verordnung über die Transparenz und Nachhaltigkeit der EU-Risikobewertung im Bereich der Lebensmittelkette abgestimmt.

Die Abgeordneten fordern, dass die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) Sicherheitsstudien veröffentlicht, bevor ein Produkt auf den Markt gebracht werden darf. Außerdem soll ein **neues Vorabverfahren** eingeführt werden, um das Antragsverfahren zu beschleunigen, wobei die EFSA den Antragsteller bei der Bereitstellung aller erforderlichen Informationen beraten kann. Darüber hinaus soll ein **europäisches Register** der in Auftrag gegebenen Studien eingerichtet werden. Bestehen Zweifel an den von den Unternehmen vorgelegten Nachweisen, könnte die Agentur auch Dritte konsultieren, um festzustellen, ob andere relevante wissenschaftliche Daten oder Studien vorliegen.

Das Parlament hat sich außerdem auf eine Reihe von Kriterien verständigt, um zu entscheiden, welche Art von Informationen vertraulich behandelt werden können, z.B. die Marke, unter der ein Produkt vermarktet werden soll, oder detaillierte Beschreibungen von Zubereitungen. Nach der Abstimmung erklärte die Berichterstatterin Renate Sommer (EVP, DE), dass sie das Ergebnis nicht unterstützen kann und sie ihren Namen vom Bericht zurückziehen möchte.

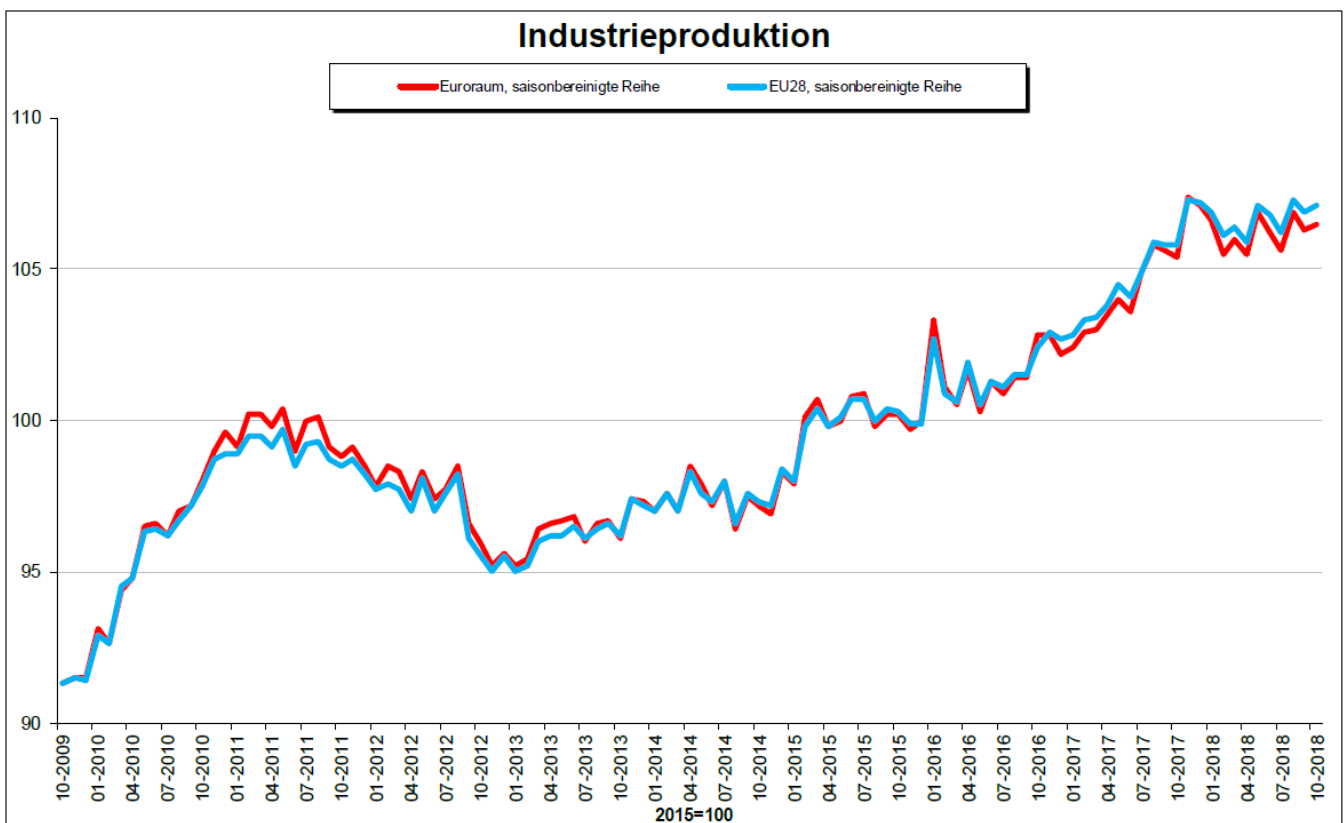
Auch der Ausschuss der Ständigen Vertreter hat am Mittwoch die ratsseitige Position zu diesem Dossier vereinbart. Diese liegt nahe beim Kommissionsvorschlag, soll jedoch die **rechtlichen Anforderungen für Industrie und öffentliche Behörden klarer gestalten**. Alle Daten und Informationen, die einen Zulassungsantrag unterstützen, sollen von der EFSA nach Prüfung der Gültigkeit des Antrags veröffentlicht werden, sofern der Antragsteller nicht die vertrauliche Behandlung dieser Informationen beantragt hat. Der Antragsteller soll die Beweislast dafür tragen, dass die Offenlegung der Informationen seine Interessen erheblich beeinträchtigt. Die EFSA muss die Gültigkeit dieses Antrags auf Vertraulichkeit prüfen. Ist der Antragsteller mit den Ergebnissen nicht einverstanden, soll er einen Zweit Antrag stellen können.

Die allgemeine Ausrichtung soll vom Rat auf seiner Tagung "Landwirtschaft und Fischerei" am 17. Dezember formell angenommen werden.

Ansprechpartnerin: Claudia Golser

Industrieproduktion steigt wieder

Im Oktober 2018 stieg die saisonbereinigte Industrieproduktion gegenüber September 2018 sowohl im Euroraum als auch in der EU-28 laut eurostat um 0,2 Prozent. Im September 2018 war die Industrieproduktion im Euroraum um 0,6 Prozent und in der EU28 um 0,4 Prozent gesunken (Österreich: -1 Prozent). Gegenüber Oktober 2017 nahm die Industrieproduktion im Oktober 2018 im Euroraum um 1,2 Prozent und in der EU28 um 1,3 Prozent zu.



Grafik: © eurostat

Im Euroraum stieg die Produktion von Investitionsgütern im Oktober 2018 gegenüber September 2018 um 1,0 Prozent, von Gebrauchsgütern um 0,4 Prozent und von Vorleistungsgütern um 0,2 Prozent, während die Produktion von Verbrauchsgütern unverändert blieb und die Produktion von Energie um 1,7 Prozent zurückging. In der EU28 stieg die Produktion von Investitionsgütern um 0,8 Prozent, von Gebrauchsgütern um 0,6 Prozent und von Vorleistungsgütern und von Verbrauchsgütern um 0,3 Prozent, während die Produktion von Energie um 1,4 Prozent zurückging.

Ansprechpartnerin: Verena Martelanz

Inhaltsverzeichnis

ESMA sucht ICT Operations and Support Team Leader

Die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) mit Sitz in Paris/Frankreich sucht:

ICT Operations and Support Team Leader (Contract Agent)

Ref.: ESMA/2018/VAC18/AD8

Bewerbungen sind bis zum 7. Januar 2019 möglich, weitere Informationen sind [online](#) abrufbar.

EMSA sucht Project Officer for Marine Equipment

Die Europäische Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs (EMSA) sucht:

Project Officer for Marine Equipment AD 5

Ref.: EMSA/AD/2018/06

Bewerbungen sind bis zum 9. Januar 2019 möglich, weitere Informationen sind [online](#) abrufbar.

EASA sucht Technical Cooperation Operations Manager

Die Europäische Agentur für Flugsicherheit (EASA) mit Sitz in Köln sucht:

Technical Cooperation Operations Manager

Contract Agent

Ref.: EASA/IV/2018/004

Bewerbungen sind bis zum 14. Januar 2019 möglich, weitere Informationen sind [online](#) abrufbar.

Europäisches Unterstützungsbüro für Asylfragen sucht Leiter des Bereichs IKT-Systeme

Das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) sucht:

Leiter des Bereichs IKT-Systeme (Temporary Agent)

Ref.: EASO/2018/TA/019 - Grade: AD 8

Bewerbungen sind bis zum 15. Januar 2019 möglich, weitere Informationen sind [online](#) abrufbar.

Schon gewusst?

Auch auf wko.at finden Sie regelmäßig topaktuelle Stellenangebote von EU-Institutionen und -Agenturen!

Inhaltsverzeichnis

Sitzung der Europäischen Kommission

Voraussichtliches Thema der 2277. Kommissionssitzung vom 19. Dezember 2018:

Mitteilung zur Visa-Reziprozität

Bericht über den Mechanismus zur Visa-Aufhebung (vorbehaltlich Bestätigung)

Bericht über die zweite jährliche Überprüfung des EU-US-Datenschutzschilds

Brexit-Notfallvorschläge

Inhaltsverzeichnis

Tagungen des Rates

17.-18. Dezember **Landwirtschaft und Fischerei**

Überarbeitete Bioökonomie-Strategie

19. Dezember **Verkehr, Telekommunikation und Energie**

Paket „Saubere Energie“

- Verordnung über das Governance-System der Energieunion
- Richtlinie zur Energieeffizienz
- Richtlinie über Energie aus erneuerbaren Quellen
- Verordnung über den Elektrizitätsbinnenmarkt (Neufassung)
- Richtlinie über den Elektrizitätsbinnenmarkt (Neufassung)
- Verordnung über die Risikoversorge im Elektrizitätssektor
- ACER-Verordnung (Neufassung)

Verordnung zur Fazilität „Connecting Europe“

Strategie für eine langfristige Senkung der Treibhausgasemissionen entsprechend dem Übereinkommen von Paris

Überprüfung der Gasrichtlinie

„Wasserstoff-Initiative“

Arbeitsprogramm des künftigen Vorsitizes

Inhaltsverzeichnis

Verordnung zum LIFE-Programm

Verordnung über CO₂-Normen für schwere Nutzfahrzeuge

Langfristige Strategie zur Verringerung der Treibhausgasemissionen der EU

Aktuelle Gesetzgebungsvorschläge:

- Taxonomie-Verordnung
- Richtlinie zu Einwegkunststoffartikeln
- Verordnung über persistente organische Schadstoffe (POP)
- Verordnung zur Angleichung der Berichterstattungspflichten im Bereich der Umweltpolitik
- Trinkwasser-Richtlinie
- Verordnung über CO₂-Normen für PKW und leichte Nutzfahrzeuge

Informationen des Vorsitzes

24. Tagung der Konferenz der Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (COP 24)

Bericht über die Umsetzung der EU-Strategie zur Anpassung an den Klimawandel

Die Zukunft der europäischen Umweltpolitik - Auf dem Weg zu einem 8. Umweltaktionsprogramm

„Grazer Deklaration“ – Eine neue Ära beginnen: saubere, sichere und leistbare Mobilität für Europa

- Ergebnis des informellen Treffens der Umwelt- und Verkehrsminister (Graz, Österreich, 29./30. Oktober 2018)

Inhaltsverzeichnis

Ausgewählte Fälle des Europäischen Gerichtshofes

Ausgewählte Fälle der kommenden Woche:

19. Dezember

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C 367/17 S

Schwarzwälder Schinken

Die Bezeichnung „Schwarzwälder Schinken“ ist (auf Antrag des eingetragenen Vereins S) seit 1997 als geografische Angabe geschützt, ursprünglich jedoch ohne Vorgaben zum Schneiden und Verpacken. 2005 bzw. 2007 beantragte S, die Spezifikation dahin gehend zu ändern, dass das Aufschneiden und Verpacken (für Fertigpackungen) nur im Herstellungsgebiet erfolgen darf. Das Deutsche Patent- und Markenamt lehnte diesen Antrag ab, weil es diese Beschränkung auf das Herstellungsgebiet nicht für im Sinne des EuGH-Urteils zu „Prosciutto di Parma“ gerechtfertigt hielt. Das Bundespatentgericht teilte diese Ansicht nicht und hob die ablehnende Entscheidung des Deutschen Patent- und Markenamts auf. Es sei zwar richtig, dass der Gesichtspunkt der Qualitäts-

sicherung die beantragte Beschränkung nicht rechtfertigen könne, denn die im Änderungsantrag vorgesehenen Maßnahmen gingen nicht über die allgemein üblichen Anforderungen und Hygienestandards hinaus. Unter dem Gesichtspunkt der Rückverfolgbarkeit und der Kontrolleffektivität sei die Verlagerung der weiteren Verarbeitungsschritte des Schneidens und Verpackens in das Herstellungsgebiet jedoch sinnvoll. Diese Entscheidung des Bundespatentgerichts wiederum wurde 2014 vom Bundesgerichtshof aufgehoben, der die Sache zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an das Bundespatentgericht zurückverwies. Vor diesem Hintergrund ersucht das Bundespatentgericht den EuGH um Auslegung der einschlägigen Unionsvorschriften über geschützte geografische Angaben. Es möchte insbesondere wissen, inwieweit bestimmte Aspekte von Qualitätssicherung, Kontrollen vor Ort und Rückverfolgbarkeit eine Beschränkung des Aufschneidens und Verpackens auf das Herstellungsgebiet rechtfertigen können. Ohne Schlussanträge.

Weitere Informationen

19. Dezember

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-51/18 Kommission / Österreich

Mehrwertsteuer auf Folgerecht von Künstlern

Künstler können – unter bestimmten Voraussetzungen – bei jedem Weiterverkauf ihrer Kunstwerke einen Prozentsatz des Verkaufspreises beanspruchen (sog. Folgerecht). Nach Ansicht der Kommission verstößt Österreich dadurch gegen die Mehrwertsteuersystemrichtlinie, dass es diese Vergütung der Mehrwertsteuer unterwirft. Sie hat daher eine Vertragsverletzungsklage gegen Österreich vor dem Gerichtshof erhoben. Ohne Schlussanträge.

Weitere Informationen

Inhaltsverzeichnis

19. Dezember

Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-681/17 slewo

Widerrufsrecht beim Online-Matratzenkauf?

Ein Kunde bestellte beim Online-Händler slewo eine Matratze. Nach Erhalt der Lieferung entfernte er die Schutzfolie, mit der die Matratze versehen war. Einige Tage später teilte er slewo jedoch mit, dass er die Matratze zurücksenden müsse, und beauftragte schließlich eine Speditionsfirma mit dem Rücktransport, nachdem slewo einer entsprechenden Aufforderung nicht nachgekommen war. Er hat sodann slewo vor den deutschen Gerichten auf Rückzahlung des Kaufpreises und Erstattung der Rücksendekosten verklagt, in den ersten beiden Instanzen mit Erfolg. Der von slewo angerufene Bundesgerichtshof ersucht den EuGH in diesem Zusammenhang um Auslegung der Richtlinie 2011/83 über die Rechte der Verbraucher, wonach kein Widerrufsrecht besteht, wenn versiegelte Waren geliefert werden, die aus Gründen des Gesundheitsschutzes oder aus Hygienegründen nicht zur Rückgabe geeignet sind und deren Versiegelung nach der Lieferung entfernt wurde. Der BGH möchte wissen, ob dazu auch Waren wie etwa Matratzen gehören, die zwar bei bestimmungsgemäßem Gebrauch direkt mit dem menschlichen Körper in Kontakt kommen können, aber durch

geeignete (Reinigungs-)Maßnahmen des Unternehmers wieder verkehrsfähig gemacht werden können. Sollte diese Frage zu bejahen sein, möchte der BGH ferner wissen, wie eine Verpackung beschaffen sein muss, um als "Versiegelung" zu gelten und welchen Inhalt der zu erteilende Hinweis über die Umstände des Erlöschens des Widerrufsrechts haben muss. Generalanwalt Saugmandsgaard Øe legt heute seine Schlussanträge vor.

[Weitere Informationen](#)

Inhaltsverzeichnis

Ausgewählte laufende Konsultationen

Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, Institutionelle Angelegenheiten

[Zwischenbewertung des Programms zu Interoperabilitätslösungen für Verwaltungen, Unternehmen und Bürger \(ISA2\)](#)

07.12.2018 - 01.03.2019

Energie

[Konsultation zur Liste der in Frage kommenden Projekte von gemeinsamem Interesse in der Strominfrastruktur](#)

22.11.2018 - 28.02.2019

[Konsultation zur Festlegung der jährlichen Prioritätenlisten für die Entwicklung von Netzkodizes und Leitlinien für 2019 und darüber hinaus](#)

15.10.2018 - 25.01.2019

Grenzen und Sicherheit, Migration und Asyl

[Bewertung der Richtlinie über den Schutz kritischer Infrastrukturen für 2008](#)

19.11.2018 - 11.02.2019

Klimaschutz

[Überarbeitung der Regeln für die kostenlose Zuteilung im EU-Emissionshandelssystem](#)

30.11.2018 - 22.02.2019

Lebensmittelsicherheit

[Bewertung der Futtermittelzusatzstoffe-Verordnung](#)

12.12.2018 - 03.04.2019

Steuern und Zollunion

[Bewertung der Verwaltungszusammenarbeit in der direkten Besteuerung](#)

10.12.2018 - 04.03.2019

[Konsultation zu EU Single Window - Einheitliche Anlaufstelle für Zollmeldungen](#)

09.10.2018 - 16.01.2019

Öffentliches Gesundheitswesen

Bewertung der Rechtsvorschriften über Arzneimittel für Kinder und seltene Krankheiten (Arzneimittel für besondere Bevölkerungsgruppen)

12.10.2018 - 04.01.2019

Transport

Ex-post-Bewertung des Programms für das transeuropäische Verkehrsnetz (TEN-T) 2007-2013

15.11.2018 - 14.02.2019

Umwelt

Auf dem Weg zu einem EU-Produktpolitik-Rahmen, der zur Kreislaufwirtschaft beiträgt

29.11.2018 - 24.01.2019

Fitness Check der Wasserrahmenrichtlinie und der Hochwasserrichtlinie

17.09.2018 - 04.03.2019

Inhaltsverzeichnis